

Berlin, den 2. Oktober 2014



Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154
10117 Berlin
Tel.: 030 / 22 48 84 12
Fax: 030 / 22 48 84 14
www.promobilitaet.de
info@promobilitaet.de

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)
Ulrich Klaus Becker
Peter H. Coenen
Dr.-Ing. Walter Fleischer
Stefan Kölbl
Peter Markus Löw
Adalbert Wandt
Matthias Wissmann

Geschäftsführung

Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH
ADAC e.V.
AGES Maut System GmbH & Co. KG
ARBIT Service GmbH
Autobahn Tank & Rast GmbH
Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft
Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung e.V.
Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V.
DEKRA e.V.
Deutscher Asphaltverband e.V.
DKV Euroservice GmbH + Co. KG
Dornier Consulting GmbH
Eurovia Infra GmbH
Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.
HOCHTIEF AG
Kapsch Telematik Services GmbH
KEMNA BAU
Andreae GmbH & Co. KG
Road Account
SVG Bundes-Zentralgenossenschaft Straßenverkehr eG
Tensor International GmbH
Toll Collect GmbH
UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG
Verband Beratender Ingenieure e.V.
Verband der Automobilindustrie e.V.
Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V.
Verein Deutscher Zementwerke e.V.
Zentralverband Deutsches Baugewerbe e.V.
Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Zur Diskussion um den Hochlauf der Verkehrsinvestitionen des Bundes bis 2018

Langfristige Absichten mit Unsicherheiten

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat bei der Verkehrsministerkonferenz seine Absicht bekräftigt, die jährlichen Investitionen in die Verkehrswege des Bundes 2018 in mehreren Schritten um insgesamt 4,8 Milliarden Euro gegenüber dem heutigen Niveau anzuheben. „Dass der Bund anstrebt, die Finanzlücke zu schließen, begrüßen wir. Diese Investitionslinie ist allerdings zeitlich wie auch der Höhe nach mit Unsicherheiten behaftet“, stellte Dr. Peter Fischer, Präsident von Pro Mobilität fest. „Die Finanzplanung des Bundes bildet eine solche Entwicklung bisher nicht ab“. Dort sei 2018 für die Fernstraßen bisher mit 5,3 Milliarden Euro nicht einmal das Durchschnittsniveau der vergangenen Wahlperiode vorgesehen.

Die in Aussicht gestellten zusätzlichen Finanzmittel basierten vor allem auf mehreren Schritten zur Ausweitung der Lkw-Maut und der Einführung einer Infrastrukturabgabe für Pkw. Hierzu gebe es bisher Einnahmeschätzungen mit Unsicherheiten, die in den jetzt vorgestellten Plänen eher am oberen Rand verbucht würden. Außerdem sei die geplante Ausweitung der Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen erst für Mitte 2018 geplant und werde in dem Jahr nicht voll wirksam.

Die mittelfristigen Pläne der Koalition sollten nicht davon ablenken, dass der Bund auch kurzfristig in dieser Wahlperiode seine Infrastrukturverantwortung wahrnehmen müsse. Nach 2014 sollen die Investitionen in Autobahnen und Bundesstraßen auch im Etatentwurf 2015 der Regierung mit 5,2 Milliarden Euro erneut unter dem Durchschnitt der letzten Legislaturperiode von 5,4 Milliarden Euro liegen“, so Fischer. „Beim Fernstraßenetat besteht in den laufenden Haushaltsberatungen des Bundestages 2015 kurzfristig Korrekturbedarf“.

Die Arbeiten des Bundes am Schließen der Investitionslücke bei seinen Verkehrswegen seien das Eine, erklärte Fischer. Weniger erkennbar sei bisher, welchen eigenen Beitrag die Länder leisten wollten, um die Finanzierung der Verkehrswege in ihrem Verantwortungsbereich zu verstärken. Bisher seien hier nur wenige Länder sichtbar aktiv geworden.

Weitere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer
Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.